



Darf Politik so scharf kritisieren?

THYSSEN-AUS FDP-Ratsherr Jost Etzold bezeichnet Auftreten als unangemessen

Thyssen-Krupp Aerospace streicht in Varel 229 Jobs zum 31. März 2021. Das sei die Entscheidung der Firmenleitung und des Betriebsrats, so Etzold – „Politik ist nicht zuständig“.

VON OLAF ULBRICH

VAREL – Kaum war die Nachricht vom Abbau der 229 Arbeitsplätze von Thyssen-Krupp Aerospace in Varel bekannt geworden, brach in der Politik eine Welle der Empörung los. „Ich erwarte, dass erst gesprochen und dann entschieden wird“, beklagte beispielsweise Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies (SPD) aus Sande Geheimnistuerei bei den Verhandlungen des Essener Konzerns mit dem Flugzeugzulieferer Premium Aerotec. Die Vareler SPD-Bundestagsabgeordnete Siemtje Möller warf den Unternehmen „schlechten Stil“ vor.

Doch stehen die Firmen überhaupt in der Pflicht, die Politik an ihren Entschei-

dungsprozessen zu beteiligen? Nein, meint Varel's Ratsherr Jost Etzold (FDP). „Thyssen-Krupp Aerospace trifft die unternehmerische Entscheidung, in Varel am 31. März 2021 aufzuhören“, schrieb er: „Ein wichtiger Grund ist die Entscheidung vom Februar 2019 durch Airbus, den Großraumjet A 380 nicht weiterzubauen. Diese elf Monate wurden für Verhandlungen genutzt, die Politik hatte sich in der Zeit zurecht zurückgehalten, weil sie nicht zuständig ist, sondern Firmenleitung mit Betriebsrat.“

Und der Betriebsrat war nach Angaben von Lars Bank, Leiter Kommunikation bei Thyssen-Krupp Materials Services, zu der die Sparte Aerospace gehört, „über einen langen Zeitraum immer wieder informiert worden“. Dennoch läuteten auf der Arbeitnehmerseite nicht die Alarmglocken. „Es ist ja noch genug Arbeit da“, betonte Rickleff Bollwerk, Betriebsratsvorsitzender von Thyssen-Krupp Aerospace in Varel. Denn: Der Anteil der Arbeit am A 380 in Varel sei nur „ein gewisser Teil“, so Bollwerk, seiner Meinung

nach liege er „zwischen 40 und 50 Prozent“.

Am Ende der „langen und intensiven Verhandlungen mit PAG“ (Lars Bank) stand das Aus der Zusammenarbeit. Zudem bestätigte Premium Aerotec auf Nachfrage des „Gemeinnützigen“, „die relevanten Gebäude im Aeropark weiter zu nutzen“ aber „die entsprechenden Tätigkeiten neu auszuschreiben“, sprich die Mitarbeiter nicht zu übernehmen. Damit sei die Öffentlichkeit informiert, schrieb Jost Etzold und betonte: „So muss es doch in unserer Wirtschaft sein, das sind korrekte Abläufe.“

Der FDP-Ratsherr monierte, dass „das die Politik, immerhin im Bundestag, mit Ministeramt und Spitze von Kreis und Stadt, anders sieht“. Zudem kritisierte er, dass sie Noten verteilt. So bezeichnete Lies die Erklärung von Thyssen-Krupp, das A-380-Aus sei für die Schließung verantwortlich, als „Nebelkerze“, und betonte, dass man dem Unternehmen „nicht auf den Leim gehen“ solle.

„Warum?“, fragt Jost Etzold. Er sehe den Sachverhalt

ganz anderes. „Ich bin überzeugt, dass bei der Neuausschreibung viele Mitarbeiter wieder einen guten, vergleichbaren Arbeitsplatz bekommen“, ist sich der Liberale Kommunalpolitiker sicher. Er nahm dabei auch die Agentur für Arbeit in die Pflicht. „Ich hoffe, dass das Arbeitsamt engagiert hilft bei vielleicht notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen“, sagte Etzold. Dabei könne dann wieder die Politik mitmischen. Denn: „Dies liegt in Friesland in der Verantwortung des Landkreises, und da darf und muss die Politik zuständigkeitshalber aktiv werden.“

Dennoch: Die Politik aus Bund, Land, Kommune und EU hat im Glauben an die langfristige Zukunftssicherung des Flugzeugzulieferer-Standorts im Aeropark insgesamt 19 Millionen Euro investiert. Aus Steuergeldern. Auch deshalb kämpfen sie. „Wir erwarten dass das, was damit auf den Weg gebracht werden sollte, auch gesichert bleibt“, sagte Lies. Im März sollen die Gespräche um die Rettung der 229 Jobs fortgesetzt werden.